



Problematische Entwicklungen bei der Landnutzung in Liberia: Palmölkonzerne verursachen Konflikte

Impressum

Herausgeber:**Forum Umwelt und Entwicklung**

Marienstraße 19–20

D-10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 678 1775 93

E-Mail: info@forumue.de

Internet: www.forumue.de

Plattform "Nachhaltige Biomasse"
Verbändeprojekt nachhaltige Landnutzung
und ressourcenschonende Biomassepolitik

Dieses Projekt wird gefördert von:



Das Forum Umwelt und Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzing, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände e.V.

Autor:

Peter Gerhardt

Redaktion und Kontakt:

László Maráz

Layout:

Monika Brinkmüller

Fotos:

Titelseite: Peter Gerhardt

Innenteil: Soweit nicht anders gekennzeichnet Peter Gerhardt

Berlin, April 2013

Vorwort

Dieser Bericht hat nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, da er nur einen Teil des gesamten Kontextes zu den Konsequenzen des Palmölbooms in Liberia berücksichtigen kann.

Vor wenigen Monaten bin ich in dieses westafrikanische Land gereist. Dort habe ich mit vielen Menschen gesprochen, engagierte Kollegen getroffen und bin Familien begegnet, die ihren Boden an internationale Palmölmultis verloren haben. Das reicht zwar für einen ersten Eindruck, von tiefgreifenden Landeskenntnissen bin ich jedoch weit entfernt.

Die brutalen Methoden der Palmölkonzerne und deren marktgetriebene Expansionslogik sind mir im Gegensatz dazu gut vertraut. Damit habe ich mich in den vergangenen Jahren intensiv auseinandergesetzt. Gemeinsam mit indonesischen und europäischen KollegInnen habe ich die Umweltverbrechen und Menschenrechtsverletzungen der Palmölindustrie über Jahre kritisch begleitet.

Dieser Report erhebt daher aus oben genannten Gründen nicht den Anspruch, quasi in Stein gemeißelte Expertenratschläge zu erteilen. Vielmehr versuche ich, den verschiedenen Facetten der Palmölexpansion in Liberia Rechnung zu tragen. Ein kurzer Überblick zur Landnutzungspolitik soll Hinweise auf mögliche Lösungsansätze vermitteln. Ergänzend dazu kommen *Morris*, der mit seiner Familie die Praxis der Palmölkonzerne hautnah zu spüren bekommt, und mein Kollege *Silas Siakor* zu Wort. Ein Interview mit *Daniel May* von der GIZ vermittelt eine weitere Perspektive.

Liberias Palmölboom steht stellvertretend für ähnliche Entwicklungen in den benachbarten Staaten: Multinationale Plantagenkonzerne versuchen möglichst viel von der Ressource Ackerland unter Ihre Kontrolle zu bringen. Demzufolge wird der Globus gerade neu taxiert. Im Brennpunkt ist dabei vor allem Afrika.

Es ist zu wünschen, dass sich die Menschen in Liberia auf eine gute und friedliche Zukunft freuen dürfen.

Bremen, April 2013
Peter Gerhardt



Palmölkonzerne expandieren in Afrika

Nachdem es für die großen Palmölkonzerne aus Südostasien immer schwieriger wird, in ihren Heimatregionen neue Flächen für die industrielle Plantagenproduktion zu erschließen, drängt es die Multis nach Afrika. Nationen wie Kamerun, Kongo, Elfenbeinküste, Demokratische Republik Kongo, Gabun, Ghana, Uganda oder Liberia sehen sich mit Expansionsplänen im großen Maßstab konfrontiert. Insgesamt geht es um industrielle Monokulturen im Ausmaß von mehreren Millionen Hektar. Dabei kommen vor allem die traditionellen Landrechte der lokalen Bevölkerung unter die Räder.

Liberia – Bürgerkriegsland im Umbruch

Liberia blickt nicht auf die typische Kolonialgeschichte vieler afrikanischer Staaten zurück.

Die neuere Geschichte Liberias beginnt mit der Ansiedlung von freigelassenen Sklaven aus den USA im siebzehnten Jahrhundert. Kurz darauf wird das westafrikanische Land unabhängig. Die eingewanderten Ex-Sklaven bilden fortan die Herrschaftselite, was dauerhafte Konflikte mit der Urbevölkerung nach sich zieht.

Die letzten Jahrzehnte Liberias sind geprägt von Unruhen, Instabilität und Bürgerkriegen. Noch überall sind die frischen Wunden aus dieser Zeit in der Hauptstadt Monrovia und auf dem Land zu sehen. Viele Menschen sind traumatisiert, ein Großteil der weiblichen Bevölkerung ist bereits Opfer von sexueller Gewalt geworden und zahlreiche Kinder haben in den Kriegen ihre Eltern verloren. Die Arbeitslosigkeit liegt, soweit sich solche Zahlen überhaupt seriös ermitteln lassen, bei

astronomischen 80 %¹ und der Human Development Index² der Vereinten Nationen klassifiziert Liberia als eines der ärmsten Länder der Erde.

Diese Gemengelage ist der ideale Nährboden für Kriminalität, die der schwache Staat kaum im Zaum halten kann. Um überhaupt ein Mindestmaß an öffentlicher Ordnung zu gewährleisten, sichern UN-Blauhelmsoldaten Regierungsgebäude und wichtige Infrastruktur wie den Flughafen.

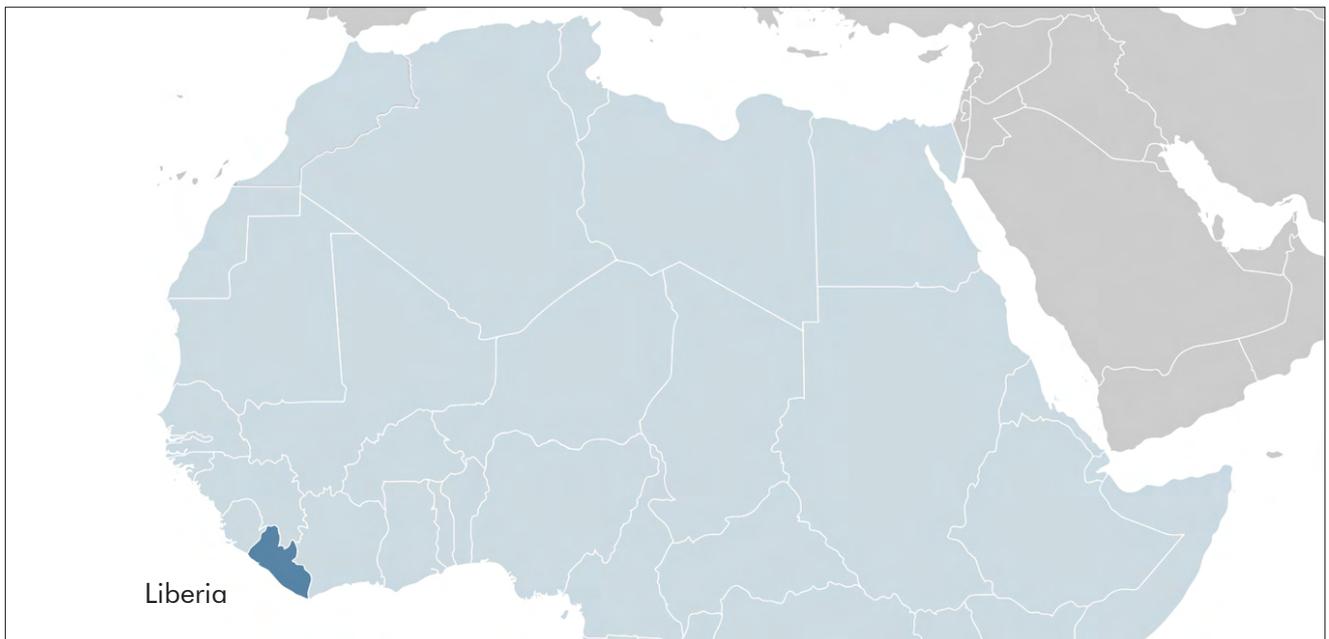
Finanziell hängt das Land am Tropf von internationalen Gebern, die jährlich hohe Geldsummen in das kleine Land pumpen. Die jetzige Regierung unter Führung der Friedensnobelpreisträgerin Ellen Johnson-Sirleaf will die finanzielle Abhängigkeit Liberias von Entwicklungsgeldern mit Hilfe ausländischer Investments zurückdrängen. In diesem Zusammenhang wurden mehrere große Deals mit internationalen Palmölkonzernen abgeschlossen. Außerdem ist Liberia wegen seiner Bodenschätze wie Eisenerz oder Diamanten für multinationale Konzerne ein attraktiver Geschäftspartner.

Landnutzung/Landgrabbing in Liberia

Der größte Teil der Bevölkerung betreibt Subsistenz-Landwirtschaft. Parallel dazu gibt es die industrielle Plantagenwirtschaft internationaler Konzerne. Die erste Konzession dieser Art wurde 1926³ an den US-amerikanischen Reifenkonzern Firestone vergeben, der seitdem in Liberia die größte Kautschuk-Plantage der Welt betreibt. Weitere Unternehmen folgten in den Jahrzehnten darauf. Firestone und die anderen Plantagenkonzerne werden für menschenverachtende Arbeitsbedingungen verantwortlich gemacht⁴.



Um ein Mindestmaß an öffentlicher Ordnung zu gewährleisten, sichern UN-Blauhelmsoldaten Regierungsgebäude und wichtige Infrastruktur wie den Flughafen.



Als eines der wenigen Länder Westafrikas verfügt Liberia noch über größere zusammenhängende Waldgebiete. 2011 schloss das Land mit der EU ein sogenanntes Voluntary Partnership Agreement (VPA)⁵. Damit verpflichtete sich Liberia unter anderem, den illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen und die Landrechte der lokalen Bevölkerung zu achten. Aus diesem Grund wird liberianisches Holz, gemäß der 2013 in Kraft getretenen EU-Holzhandelsverordnung, als aus legalen Quellen stammend eingestuft und darf ohne weitere Prüfung nach Europa eingeführt werden.

Die traditionellen Landrechte der Bevölkerung unterlagen im vergangenen Jahrhundert einem stetigen Wandel. Es gab Zeitabschnitte, in denen die Souveränität über das kommunal genutzte Land (*Community Land*) bei den Dorfgemeinschaften lag, gefolgt von Perioden, in denen der Liberianische Zentralstaat der alleinige Grundeigentümer war. Mit dem Public Lands Act von 1972 war es den lokalen Gemeinschaften, den *Chiefdoms*, erlaubt, das von Ihnen genutzte *Communal Land* zu einem festgesetzten Preis zu kaufen.⁶

Nach Bürgerkriegsende 2003 kassierte die Regierung von Präsidentin Sirleaf 2006 sämtliche Forstkonzessionen und sichert 2009 mit dem *Community Rights Act* der Landbevölkerung im Grundsatz weitgehende Rechte für die von ihnen bewirtschafteten Wälder und Ackerböden zu. Die *Liberian Land Commission* wird beauftragt,

eine gerechte und demokratisch legitimierte Landverteilung dauerhaft zu organisieren⁷.

Zeitgleich befindet sich Liberias Regierung auf einer verzweifelten Suche nach ausländischen Investitionen. Im Ergebnis hat das dazu geführt, dass mittlerweile 25%⁸ der Landesfläche von ausländischen Investoren bewirtschaftet wird.

Neben den schon oben erwähnten Kautschuk-Giganten sind es vor allem drei international operierende Palmölmultis, Sime Darby, Golden Veroleum und Equatorial Palm Oil, die sich größere Konzessionsflächen für ihre industrielle Plantagenwirtschaft gesichert haben. Die Investitionen von Sime Darby und Golden Veroleum sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

Land Commission legt Entwurf für eine neue Landnutzungspolitik vor

Nach zweijähriger Arbeit legt die Land Commission, das vom Liberianischen Parlament eingesetzte Gremium zur Neuregelung der Landnutzungspolitik, am 21. Mai 2013 ihren Abschlussbericht vor⁹. Die darin enthaltenen Politikempfehlungen für eine zukünftige Landnutzungsplanung verordnet den zuständigen Behörden einen breiten Dialog mit möglichst vielen Stakeholdern bei größtmöglicher Transparenz und öffentlichen Ausschreibungen. Hinterzimmer-Deals, wie sie mit der Palmölindustrie abgeschlossen wurden, sollten damit der Vergangenheit angehören.



Bopulu, Liberia: Nach den Bürgerkriegen kehrt der Alltag langsam zurück

Sollte der Entwurf von Regierung und Parlament übernommen werden, würde Liberia sehr fortschrittliche und demokratische Gesetze zur Landnutzung in Kraft setzen. Ob die politische Praxis den Gesetzestexten gerecht wird, hängt entscheidend von der Durchsetzungsfähigkeit der zu schaffenden Behörden und ihrer demokratischen Kontrolle ab. Die Land Commission spricht in diesem Zusammenhang von „government entity which manages the land“ (Regierungsbehörde, die das Land verwaltet), auf deren Kompetenzen und Durchsetzungsinstrumente nicht näher eingegangen wird.

Es sind vier verschiedene Formen von Landbesitz vorgesehen, die möglichst eindeutig definiert wurden. Das war angesichts der wechselvollen Geschichte mit teilweise überlappenden und ständig wechselnden Besitzansprüchen in Liberia keine einfache Aufgabe:

- 1. Government Land** (Regierungsland): Land, das sich in Besitz des liberianischen Staates befindet und auch von diesem bereits genutzt wird. Grundstücke, auf denen sich demnach Schulen, Ministerien oder Verkehrsinfrastruktur befinden, werden dieser Kategorie zugeordnet.
- 2. Public Land** (Öffentliches Land): Dieses Land befindet sich auch im Besitz des Staates und wird von der Regierung für zukünftige Verwendungen und Projekte verwaltet. Public Land darf nur nach einem transparenten Bieterverfahren an Investoren verpachtet oder verkauft werden. Außerdem müssen Dorfgemeinschaften und Privatpersonen im Vorfeld informiert werden und haben ein verbrieftes

Widerspruchsrecht. Darüber hinaus muss die Regierung ihre Einnahmen aus solchen Geschäften offen legen.

- 3. Customary Land** (Traditionell genutztes Land): Nach traditionellen Regeln von Dorfgemeinschaften genutztes Land. Den Besitzern werden die gleichen Rechte eingeräumt wie Privateigentümern. Sie dürfen fremde Personen von ihren Grundstücken verweisen, natürliche Ressourcen wie Holz ausbeuten und das Land weiter verkaufen. Der Verkauf ist aber an strenge Auflagen gebunden und ist nur rechtsgültig, wenn alle Mitglieder einer Dorfgemeinschaft ihre Zustimmung erteilt haben.

- 4. Private Land** (Land in Privateigentum): Land, das sich in Besitz von Einzelpersonen oder Privatunternehmen befindet. Bodenschätze wie Gold oder Eisenerz bleiben hier aber in Staatsbesitz. Ansonsten darf dieses Land frei am Markt gehandelt werden.

Allen vier Besitzkategorien können zudem auch als Protected Area (Schutzgebiete) ausgewiesen werden. Dann sind die Rechte der Besitzer mit Rücksicht auf besondere Belange, z.B. des Naturschutzes, eingeschränkt.

Jetzt müssen die Vorschläge der *Land Commission* von Regierung und Parlament beschlossen werden.

Für eine Einschätzung der Entwicklung befragte ich Silas Siakor von der liberianischen Nichtregierungsorganisation *Sustainable Development Institute*.¹⁰

Interview mit Silas Kpanan'Young Siakor

Silas Siakor wurde 2006 mit dem international renommierten *Goldman-Umweltpreis* für sein Engagement gegen den illegalen Holzeinschlag in Liberia ausgezeichnet. Das Gespräch mit ihm fand am 17. April 2013 statt.

Wie bewertest Du die aktuelle Entwicklung der Landrechte?

S. Siakor: Ich bin vorsichtig optimistisch. Die jetzt auf dem Tisch liegenden Entwürfe der Kommission für ein neues Landrecht zeigen in die richtige Richtung. Wichtigstes Element wird sein, dass die Kommunen – und nicht die Regierung – autonom über das von ihnen genutzte Land entscheiden können.

Würde dies auch die Rechtsposition jener Dorfgemeinschaften stärken, deren Land an ausländische Konzerne wie Sime Darby vergeben worden ist?

S. Siakor: Hier wird ein Schwachpunkt der neuen Regelung deutlich. Die fast beschlussfähigen Gesetze gelten nicht für bereits bestehende Konzessionen. Trotzdem schlage ich vor, in Liberia zunächst das neue Landrecht in Kraft treten zu lassen. Danach sollten wir als Gesellschaft über die bestehenden Konzessionen ins Gespräch kommen.

Und wie soll aus Deiner Sicht mit den schon vergebenen Konzessionen – am Beispiel von Sime Darby – verfahren werden?

S. Siakor: Wir versuchen gerade genügend Druck aufzubauen, damit diese Verträge neu verhandelt werden. Die Vertragsdetails sind aus

der Perspektive der lokalen Bevölkerung vollkommen inakzeptabel. Die Laufzeiten solcher Abkommen müssen grundsätzlich kürzer sein. Wie kann die Regierung das Land der Leute für mindestens 63 Jahre – das sind mehrere Generationen – einfach weggeben? Auch die Gesamtfläche dieses Deals übersteigt jedes vernünftige Maß. Dies würde dazu führen, dass die in den Konzessionsflächen lebende Bevölkerung nicht genügend Land hat, um ihr Überleben sicherzustellen.

Welche Rolle können wir in Europa – vor allem die europäischen NGOs – einnehmen?

S. Siakor: Wir wünschen uns Unterstützung für unsere Forderung, die alten Konzessionsverträge aufzukündigen. Europäische Geldgeber spielen zum Beispiel in der Palmölindustrie eine große Rolle. Diese gilt es davon zu überzeugen, dass es besser für alle Beteiligten ist, wenn die Verträge neu verhandelt werden.

Gibt es denn zu dem von der Regierung verfolgten Entwicklungsmodell eine Alternative?

S. Siakor: Ich glaube, dass es in Zukunft anders laufen wird, falls die Kommunen tatsächlich ihr Land selbst verwalten dürfen. Vielleicht entscheiden sich viele dafür, unabhängige Bauern zu bleiben und auf einem Teil Ihres Landes Palmöl für einen großen Konzern zu produzieren.

Es könnte auch sein, dass Dorfgemeinschaften aus freien Stücken beschließen, einen Teil Ihres Territoriums an internationale Multis zu verpachten. Dann bestimmen sie aber selbst, welche Gebiete dafür ausgewiesen werden, wie lange die Laufzeiten sind und welcher Preise dafür zu zahlen ist.

Noch ist Liberia ein walddreieiches Land





Über 150 Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Bezirke in Liberia trafen sich 2012, um sich über ihre Erfahrungen und Bedenken zum Einfluss der Palmöl-Plantagen auf ihre Gemeinschaften und ihr Leben auszutauschen.

Der Fall Sime Darby

Sime Darby ist nach eigenen Angaben Malaysias größter Multi mit über 100.000 Beschäftigten und weist für das Geschäftsjahr 2012 einen Umsatz von über 47 Milliarden Malaysische Dollar¹¹ aus (entspricht mehr als 11 Milliarden Euro). Der heutige Konzern ist aus einer Verschmelzung der Firmen Sime Darby, Golden Hope und Guthrie hervorgegangen. Guthrie hält schon seit den 1950er Jahren Konzessionen für Kautschukplantagen in Liberia.

Sime Darbys neuzeitliche Expansion begann im Jahre 2009, als Konzessionen von mehr als 300.000 Hektar für 63 Jahre, mit Option auf Verlängerung, an das Unternehmen vergeben wurden. Sime Darby verfolgt das Ziel, davon über 200 000 Hektar mit Palmöl-Plantagen zu bewirtschaften.

Die Regierung hat einen für die Menschen in Liberia schlechten Deal mit Sime Darby abgeschlossen, so das Urteil von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der betroffenen Landbevölkerung. Die Vertragsdetails machen deutlich, dass die Regierung dem Konzern nahezu hoheitliche Rechte einräumt. Sime Darby erhält zum Beispiel die Erlaubnis, öffentliche Straßen zu sperren oder komplette Dörfer umzusiedeln, wenn dies für den Konzern von Nutzen ist. Damit sind Konflikte für die Zukunft vorprogrammiert und der Staat gibt damit einen wichtigen Teil seiner Souveränität aus der Hand.

Landnahme im Handstreich

Sime Darby ist seit 2004 Mitglied in der Zertifizierungsinitiative RSPO (Roundtable on Sus-

tainable Palm Oil)¹², die sich zum Ziel gesetzt hat, den Handel mit „nachhaltigem“ Palmöl zu fördern und mit einem Gütesiegel zu kennzeichnen. Die RSPO-Regeln legen fest, dass Menschen, die unter Umständen von Expansionsvorhaben betroffen sein könnten, im Vorfeld umfassend zu informieren sind, damit diese sich ein eigenes und unabhängiges Urteil bilden können. Vorgeschriebenes Verfahren hierbei ist „free prior and informed consent (FPIC)“, die „freie, vorherige und informierte Zustimmung“, eine Methode die auch von zahlreichen Entwicklungsbanken angewendet wird. FPIC bedeutet in letzter Konsequenz, dass sich die Bewohnerinnen eines Dorfes auch gegen ein Vorhaben aussprechen können und dies dann auch zu akzeptieren ist. FPIC hat im Fall von Sime Darby nach übereinstimmenden Berichten von Betroffenen nicht stattgefunden. Vielmehr hat Sime Darby zuerst mit der Regierung – über die Köpfe der lokalen Bevölkerung hinweg – eine Vertrag unterschrieben und die Menschen vor Ort haben erst im Nachhinein von den geplanten Palmöl-Plantagen erfahren. Und auch das in vielen Fällen nur unzureichend.

Die Rolle der RSPO-Zertifizierungsinitiative

Bemerkenswert ist, dass Sime Darby die Regeln des RSPO mit Füßen getreten hat und bis heute nicht mit tiefgreifenden Konsequenzen konfrontiert worden ist. Der RSPO bemühte sich erst nach Protesten von Organisationen wie Sustainable Development Institute (sdi) und Forest Peoples Programme (FPP) sowie der lokalen Be-

völkerung¹³ zwischen den Parteien zu vermitteln. Würde der RSPO seine eigenen Regeln ernst nehmen, bestünde er darauf, dass die Verträge mit Sime Darby – so wie von vielem Menschen gefordert – neu ausgehandelt und nicht nur ein wenig nachgebessert würden. Es wäre außerdem folgerichtig, Sime Darby aufgrund der eklatanten Regelverstöße seine RSPO-Mitgliedschaft abzuerkennen.

Davon ist aber nicht die Rede und damit behält der RSPO, wie zahlreiche dokumentierte Beispiele belegen¹⁴, seine industriefreundliche Linie bei. Dies ist zugleich auch Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse bei dieser Zertifizierungsinitiative¹⁵.

Unzureichende Entschädigungen

Familien, die durch den Palmöldeal ihr Land an Sime Darby verloren haben, sind unzureichend entschädigt worden. Zahlreiche dokumentierte Fälle belegen, dass lediglich der Wert der Kulturpflanzen von einem Team taxiert und durch Einmalzahlungen abgegolten wurden. Auf diese Weise kamen Summen von unter 100 Dollar pro Haushalt zusammen¹⁶. Damit kann eine Familie lediglich für ein paar Monate ihr Überleben sichern. Für den Verlust ihrer Lebensgrundlage Ackerboden wurde den Menschen keine Kompensation angeboten und sie haben ebenfalls keine Pacht erhalten. Der Vertrag zwischen Sime Darby und der Regierung sieht dies auch nicht vor.

Enttäuschte Hoffnungen

Von Sime Darby in Aussicht gestellte Krankenhäuser und Schulen waren nach Angaben der lokalen Bevölkerung bislang leere Versprechungen. In Medina, Grand Cape Mountain, hat Sime Darby bereits erste Plantagen angepflanzt. Sie reichen bis in die Vorgärten der AnwohnerInnen. Subsistenz-Landwirtschaft der lokalen Bevölkerung wird so unmöglich.

Um einen tieferen Einblick in die Problematik zu erhalten, haben wir Morris aus Medina befragt.

Interview mit Morris, Medina, Grant Cape Mountain

Aufgezeichnet am 29. November 2012 in Bopulu, Liberia

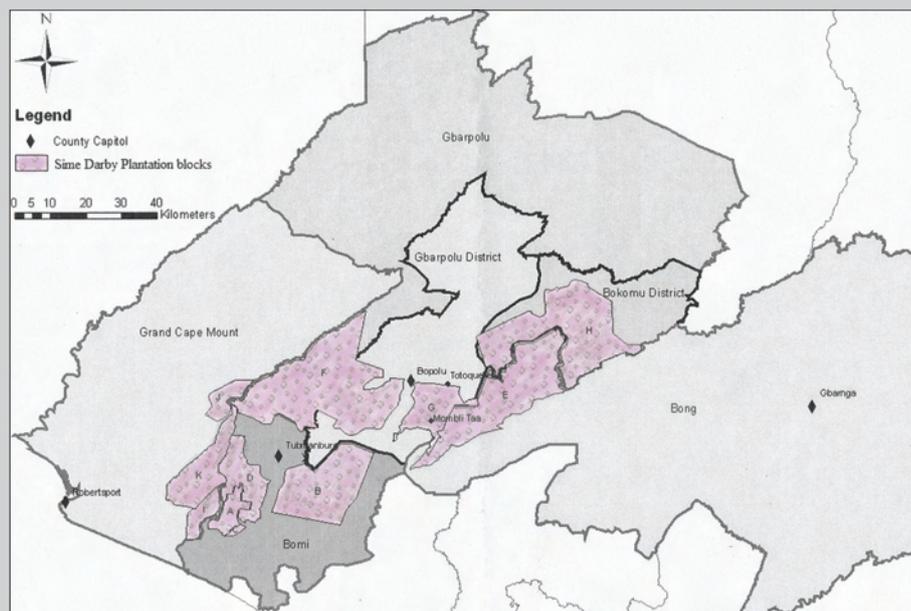
Wie kam Sime Darby nach Medina?

Morris: Der Vertrag mit Sime Darby kam zustande, ohne dass unser Dorf informiert wurde. Im Nachhinein haben wir unser Einverständnis für die Palmölplantagen gegeben, obwohl die Verträge nicht günstig für uns waren. Wir handelten aus der Not heraus, denn unsere Lebensbedingungen sind bis heute sehr schlecht.

Warum genau habt Ihr Euer Einverständnis gegeben?

Morris: Sime Darby hat uns Jobs versprochen, aber die Realität ist eine andere. Zunächst mal haben sie uns in Medina gar keine Arbeit gegeben. Das hat sich dann geändert, aber wir bekamen nur schlecht bezahlte, einfache Arbeiten zugeteilt. Selbst Leute wie ich – die einen Highschool-Abschluss haben – werden mit einfachen Arbeiten abgespeist. Und dann haben sie uns noch Schulen und Straßen versprochen. Nichts davon haben sie eingehalten. Bis auf eine Straße, die innerhalb der Plantagen gebaut worden ist. Aber die nutzt nur Sime Darby.

Plantagenfläche von Sime Darby in den Counties Cape Mount, Garpolu, Bomi und Bong



Quelle: Sustainable Development Institute, Liberia



Neu angelegte Ölpalmenplantage in Liberia

Wie viel Lohn zahlt Sime Darby?

Morris: Einige von unseren Brüdern arbeiten dort für 15 Dollar im Monat¹⁷. Davon kann niemand eine Familie ernähren. Es stimmt auch, dass Sime Darby die Arbeitskräfte mit Reis versorgt, aber der wird uns dann vom Lohn abgezogen.

Was soll jetzt geschehen?

Morris: Wenn Sime Darby seine Versprechen einhält, dann sollen sie weiter machen. Wenn nicht, dann werden wir die internationale Öffentlichkeit um Unterstützung bitten, damit Sime Darby Medina verlässt.

Der Fall Golden Veroleum

Golden Veroleum ist ein weiterer in Liberia aktiver Palmölgigant, der im August 2010¹⁸ Konzessionen von über 200.000 Hektar von der Regierung erhalten hat. Der Konzern beabsichtigt nach Presseberichten 1,6 Milliarden Dollar¹⁹ in Liberia zu investieren. Muttergesellschaft von Golden Veroleum ist die indonesisch dominierte Sinar Mas-Guppe, die von Nichtregierungs-Organisationen für schwere Menschenrechtsverletzungen und Umweltverbrechen verantwortlich gemacht wird.

Es gibt viele Parallelen bei den Investments von Sime Darby und Golden Veroleum. Die Konzessionsverträge sind jeweils ohne Einverständnis der lokalen Bevölkerung abgeschlossen worden. Golden Veroleum hat als RSPO-Mitglied – wie Sime Darby – die Regeln dieser Zertifizierungsinitiative von Beginn an verletzt.

Auch hier hat es eine Beschwerde beim RSPO von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen gegeben. Gemäß einer Studie der britischen Menschenrechtsorganisation Forest Peoples Programme²⁰ hat der Konzern Grabstätten zerstört und weitere RSPO-Regeln nicht beachtet: Weder hat GV besonders schützenswerte Wälder (sog. High Conservation Value Forests) ausreichend aus der Nutzung genommen, noch wurde die Bevölkerung im Vorfeld über die Expansion informiert (NPP-RSPO Procedures for New Plantings).

Während internationale Umweltorganisationen der Muttergesellschaft Sinar Mas in Indonesien ein Bekenntnis zum Regenwaldschutz abringen konnten, setzt der Konzern seine Expansion ungehindert auf dem afrikanischen Kontinent fort.

Ungleiche Verhandlungspartner – Fehlende Alternativen

Die Regierenden eines notorisch unterfinanzierten Landes wie Liberia haben es nicht leicht, wenn ein großer multinationaler Konzern bei ihnen an die Tür klopft und Milliarden-Investments in Aussicht stellt. Am Verhandlungstisch sitzen sich dann höchst ungleiche Gesprächspartner gegenüber: Die Repräsentanten eines kleinen afrikanischen Staats und die Verhandlungs-Profis eines Konzerns, dessen Umsatz, wie im Fall von Sime Darby, den Haushalt Liberias um das zehnfache übersteigt.

Alternative Entwicklungsstrategien gibt es genug, darin sind sich Vertreterinnen von Landbe-

völkerung, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen bis hin zum UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, einig. Eine Investitionspolitik zugunsten kleinbäuerlicher und genossenschaftlicher Strukturen würde vielen Menschen im landwirtschaftlichen Sektor dienen und die Nahrungsmittelproduktion in Liberia entscheidend ankurbeln.

Liberia ist aber eine Schuldengysel von Weltbank und Co., die dem Land ihre bekannte Roskur aufdrücken. Diese beinhaltet unter anderem, dass heimische Märkte für ausländische Investoren geöffnet werden.

Wie können Investments so gestaltet werden, dass auch die Rechte und Bedürfnisse der Landbevölkerung geachtet und befriedigt werden können? Darüber sprach ich mit Daniel May, der über eine langjährige Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Kleinbauern und Palmölfirmen zurückblicken kann.

Interview mit Daniel May, GIZ

(Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit)

Er ist dort Berater für Sozial- und Umweltstandards. Das Gespräch hat am 19. April 2013 stattgefunden.

In vielen Ländern werden Hunderttausende Hektar neue Konzessionen an multinationale Palmölkonzerne vergeben. VertreterInnen der lokalen Bevölkerung und NGOs kritisieren oftmals diese Deals, weil sie nicht eingebunden werden. Was ist Ihre Analyse der Situation?

Daniel May: Die Situation unterscheidet sich vor Ort immer. Wir erleben jedoch trotzdem in unterschiedlichen Ländern vergleichbare Fälle. Dabei prallen die unterschiedlichen Interessen von Industrie, Regierungen und KleinbäuerInnen aufeinander und verursachen Konflikte. Letztendlich sind diese nur zu überwinden, wenn alle Parteien auf Augenhöhe miteinander sprechen und auf diese Weise eine faire Lösung miteinander aushandeln, welche die Interessen aller Beteiligten widerspiegeln. Um da aber hinzukommen, muss Capacity Building stattfinden – mit der Landbevölkerung, der Regierung und auch mit der Palmölindustrie selbst.

KritikerInnen fordern, solche Konzessionen für multinationale Palmölkonzerne neu zu

verhandeln, damit Vertragskonditionen wie Laufzeiten, Landfläche, Pachtzahlungen oder Umsiedlungsfragen zugunsten der lokalen Bevölkerung nachgebessert werden. Was halten Sie davon?

Daniel May: Bestehende Verträge zu kündigen ist eine problematische Angelegenheit und vielleicht keine realistische Option, auch wenn ich dies nicht für per se ausgeschlossen halte. Eine pragmatischere Lösung wäre es, wenn die noch bestehenden unterschiedlichen Interessen von einer neutralen Stelle moderiert würden und Aushandlungsprozesse gestartet werden, die einen klaren Interessenausgleich zum Ziel haben. Dies könnte eine NGO übernehmen, aber auch wir von der GIZ haben in dieser Hinsicht Erfahrung. Allerdings sollten die Kräfte der lokalen Bevölkerung gebündelt werden, damit diese in ausreichendem Maße berücksichtigt werden.

Konzerne, die Mitglieder beim RSPO sind, haben sich in vielen Fällen das Land ausschließlich durch Verhandlungen mit der Regierung gesichert. Die Bevölkerung vor Ort wurde vorab nicht um Erlaubnis gebeten. Das ist gegen die Standards des RSPO. Müsste der RSPO nicht konsequent – mit Aberkennen aller Zertifikate oder Rauswurf – gegen solche Konzerne einschreiten?

Daniel May: Der RSPO hat Beschwerde- und Konfliktlösungsmechanismen und diese sollten auch in solchen Fällen zunächst im Rahmen des RSPO behandelt werden. Der RSPO befindet sich da insgesamt auf einem schmalen Grad. Einerseits wäre es in jedem Fall kontraproduktiv, wenn viele große Konzerne aus dem RSPO rausgedrängt würden. Dann wäre der RSPO nur noch ein Nischenlabel ohne Breitenwirkung. Andererseits dürfen Regelverstöße nicht tatenlos toleriert werden. Auf jeden Fall sollten die konfliktbehafteten Flächen von einer RSPO-Zertifizierung so lange ausgenommen werden, bis tragfähige Lösungen vorliegen, welche die Interessen von allen Stakeholdern abbilden.

Das Gute beim RSPO ist ja, dass ein Konzern einen verbindlichen Stufenplan für alle Flächen vorlegen muss, sobald die erste Fläche zertifiziert ist. Ich gehe davon aus, dass deshalb mittel- bis langfristig die Beschwerden über RSPO-Mitglieder zurückgehen werden, dann nämlich, wenn alle Flächen der RSPO-Mitglieder zertifiziert sein werden.



Capacity Building kann verhindern, dass die Bauern sich von den Konzernen ihr Land einfach abkaufen lassen.

Problematisch ist hingegen, dass einige Firmen kein Interesse an einer Zertifizierung zeigen und sich Ihre Mitgliedschaft im RSPO nur passiv ausüben.

Wir beobachten, dass die Regierungen oftmals den Verhandlungsprofis von Konzernen gegenüber sitzen, deren Umsätze die gesamten nationalen Haushalte um ein Vielfaches übersteigen. Dabei sind die Regierungen diesen Konzernen vielleicht nicht gewachsen und werden über den Tisch gezogen. Teilen Sie diese Einschätzung? Und was kann dagegen getan werden?

Daniel May: Wie ich gerade schon gesagt habe: Capacity Building auf allen Seiten ist hier die Lösung. Das verhindert im Übrigen auch, dass die Bauern sich von den Konzernen ihr Land einfach abkaufen lassen. Das Prinzip des free prior informed consent gilt hier als internationaler Standard auch für Zertifizierungen und ist auch hier dringend zu beachten. Wenn die Bauern ihr Land verkaufen, mag formal zwar alles korrekt gelaufen sein und die Konzerne können hinterher rechtsgültige Eigentumpapiere vorweisen. Spätestens wenn das Geld aus dem Landverkauf aufge-

braucht worden ist, merken die Menschen, dass sie ein schlechtes Geschäft gemacht haben und Konflikte für die Zukunft sind dann vorprogrammiert. Langfristig gesehen müsste es daher auch im Interesse der Konzerne sein, in guter Nachbarschaft mit umliegenden Dörfern zu leben und dafür auf das allerletzte Zehntel Gewinn aus einem Geschäft zu verzichten.

Welche Alternativen gibt es zu den Mega-Investitionen von Großkonzernen? Gibt es für so etwas einen anderen Weg?

Daniel May: Ich will Ihnen ein Beispiel aus Thailand geben. Dies ist sicher nicht ohne weiteres auf Liberia übertragbar, zeigt aber was möglich ist, wenn unterschiedliche Interessen fair berücksichtigt werden.

Die Ausgangslage in Thailand: Kleinbauern, die 80% der Palmölmflächen bewirtschaften, beliefern Ölmühlen, bei denen es Überkapazitäten gibt. Die Bauern beschwerten sich über die schlechten Ankaufspreise der Ölmühlen, diese wiederum bemängelten die angelieferte Qualität der Palmölfrüchte. Die GIZ hat daraufhin Gespräche zwischen den Bauern und den Ölmühlen vermittelt und mit beiden Seiten zusammen nach Win-Win-Lösungen gesucht. Dies wurde flankiert mit Capacity Building auf beiden Seiten. Die Bauern wurden vom Personal der Ölmühlen in Pflanzenmanagement geschult und liefern jetzt eine bessere Qualität. Dies hat höhere Einkommen für die Bauern und die Palmölmühlen zur Folge. Darüber hinaus sind diese unabhängigen Kleinbauern erstmalig weltweit mit dem RSPO-Zertifikat zertifiziert worden.

Mit welchen Leistungen fördert die GIZ eine demokratische und gerechte Landverteilung in Afrika?

Daniel May: Im Auftrag der Bundesregierung engagieren wir uns in vielen Ländern Afrikas zu Fragen der Landverteilung und der Landreform. Wir versuchen dabei immer zusammen mit den jeweiligen Regierungen auf Basis eines breiten Dialogs den unterschiedlichen Interessen von Kleinbauern und großen Landbesitzern Rechnung zu tragen. Zu diesen Ländern zählen u.a. Namibia und einige Länder im Kongobecken. Im Prinzip könnte auch ein Palmölkonzern unsere Dienstleistungen in Anspruch nehmen, um seine Investitionen nachhaltig und auch zum Interesse der Länder, Gemeinden und Kleinbauern auszugestalten.

Fazit

1. Die Palmölindustrie in Liberia verursacht große Konflikte und Verwerfungen. Ob deren Investitionen tatsächlich dazu beitragen, die Lebensumstände größerer Teile der Bevölkerung signifikant zu verbessern, darf angezweifelt werden. Die vielen Beispiele aus Indonesien, Malaysia und Kolumbien geben wenig Anlass zu größeren Hoffnungen. In der Regel produziert diese Industrie einige Gewinner, denen viele Verlierer gegenüber stehen.
2. Die Konzessionen der Palmölkonzerne sollten neu verhandelt werden. Sonst sind Konflikte mit der lokalen Bevölkerung, deren Interessen in den Verträgen kaum berücksichtigt werden, für die Zukunft vorprogrammiert. Eine instabile Lage kann auch nicht im Interesse von internationalen Investoren sein.
3. Die Expansion von Golden Veroleum macht die begrenzte Wirkung von NGO- Marktkampagnen deutlich, wenn damit Verhaltensänderungen von global operierenden Konzernen in bestimmten Erdregionen erreicht werden sollen. In Indonesien gibt sich der Mutter-Konzern von *Golden Veroleum*, *Sinar Mas*, aufgrund internationalen Drucks geläutert, während in Afrika die Expansion unvermindert vorangetrieben wird. Um dieser Strategie zu begegnen wird es Zeit, sich im globalen Maßstab über Obergrenzen von Produkten wie Palmöl zu unterhalten. Freie Märkte sind offensichtlich nicht dazu in Lage, eine verantwortungsvolle Produktion der Palmölindustrie zu gewährleisten.
4. Die Zertifizierungsinitiative RSPO ist ebenfalls überfordert, eine sozial gerechte und ökologisch akzeptable Palmöl-Produktion sicherzu-



In der Regel produziert die Palmölindustrie einige Gewinner, denen viele Verlierer gegenüber stehen.

stellen. Ein Grund hierfür: Konzerne, die sich nicht an die RSPO-Regeln halten, brauchen keine ernsthaften Konsequenzen zu fürchten und dürfen weiter beim RSPO mitmachen. Letztendlich ist der RSPO ein interessengeleitetes Industriesiegel.

5. "No Farmer, no Food", lautet das Motto des *Farmers Union Network of Liberia*. Je mehr Liberia seine fruchtbaren Böden ausländischen Konzernen überlässt, desto abhängiger wird das Land von Nahrungsmittelimporten. Schon jetzt ist das Land auf Lebensmittelimporte angewiesen, die bei steigenden Preisen auf den Weltmärkten das Handelsdefizit Liberias weiter verschlechtern.

Endnoten

- 1 <http://www.erlassjahr.de/die-schuldenkrise/laenderinfo/laender-von-a-bis-z/liberia.html>
- 2 <http://hdr.undp.org/en/statistics/>
- 3 http://www.firestonenaturalrubber.com/company_history.htm
- 4 <http://www.laborrights.org/stop-child-labor/stop-firestone>
- 5 <http://www.fern.org/sites/fern.org/files/Liberia%20VPA%20press%20release.pdf>
- 6 Protecting Community Lands and Resources, www.idlo.int
- 7 <http://www.lc.gov.lr/>
- 8 Uncertain Futures, The Impacts of SD on communities in Liberia, WRM und SDI
- 9 http://www.lc.gov.lr/doc/Land%20Rights%20Policy%20Final%20Version%20for%20President%20%20_%20Cabinet%20May%2021.pdf
- 10 <http://www.sdiliberia.org/>
- 11 http://www.simedarby.com/5_Years_Financial_Summary.aspx
- 12 http://www.rspo.org/en/sime_darby
- 13 <http://www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/publication/2011/10/sime-darby-complaint-liberia-affected-communities-oct-2011.pdf>
- 14 <http://www.ejolt.org/2012/09/unilever-and-how-to-greenwash-tropical-devastations>
- 15 http://www.robinwood.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Tropenwald/palmoel/rspo_paper.pdf
- 16 Uncertain Futures, The Impacts of SD on communities in Liberia, WRM und SDI
- 17 Siehe auch: <http://www.nic.gov.lr/?business/labor.html>: Solche Werte vermitteln natürlich nur einen groben Anhaltspunkt – je nach Region und Selbstversorgungsgrad.
- 18 <https://docs.google.com/viewer?a=v&pid=sites&srcid=dmVyb2xldW0uY29tfHd3d3xneDo3YzVkMWRiYjk3MzMxYTRj>
- 19 <http://www.thejakartapost.com/news/2013/03/26/sinar-mas-firm-invest-16-billion-liberian-palm-oil.html>
- 20 <http://www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/news/2012/10/FPP%20Nelson%20on%20GVL%20RSPO%20Complaint%20Updated.pdf>

ÜBER DEN AUTOR:

Peter Gerhardt arbeitet für denkhausbremen e.V. und ist Agraringenieur und Entwicklungspolitologe. Einen großen Teil seiner Berufstätigkeit war er Campaigner für tropische Wälder und internationale Umweltpolitik bei Robin Wood.

Kontakt: peter@denkhausbremen.de

